

**An die  
Präsidentin der Kultusministerkonferenz  
Frau Dr. Annette Schavan  
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg  
Postfach 10 34 42**

**70029 Stuttgart**

26.09.2001

### **Innovationszentrum für Bibliotheken**

Sehr geehrte Frau Dr. Schavan,

mit sehr großer Sorge haben wir davon gehört, dass seitens der Finanzministerkonferenz in der Frage der gemeinsamen Finanzierung des geplanten Innovationszentrums für Bibliotheken Bedenken vorgetragen wurden. In der Öffentlichkeit hat dies auch schon Beachtung und deutliche Kritik gefunden (Frankfurter Allgemeine vom 22.09.2001). Andererseits scheint die Frage auch unter den Finanzministern noch keineswegs endgültig entschieden zu sein. Daher möchten wir Sie bitten, diese Frage nochmals an die Konferenz der Finanzminister heranzutragen und auf eine baldige positive Entscheidung zu drängen.

Die unterzeichnenden Verbände halten das geplante Institut für ein ganz unverzichtbares Instrument, den Strukturwandel der Bibliotheken in der sich rasch verändernden Informationslandschaft zu fördern und zu steuern. Wie Sie wissen, stehen die Bibliotheken vor außerordentlich großen Herausforderungen durch die sich rasch entwickelnden Möglichkeiten der elektronischen Fachinformation und der digitalen Publikation sowie durch die rasch fortschreitende internationale Kooperation.

Diesen Herausforderungen kann durch ein zielgerichtetes Handeln, durch die Entwicklung einer klaren Struktur, die Standardisierung von Verfahren und durch

den Transfer von Wissen über neue Aufgaben und neue Möglichkeiten an die Bibliotheken begegnet werden. Wie der Wissenschaftsrat jüngst feststellte, erfordert „die zunehmende Vernetzung der Bibliotheken in vielen Fällen eine gesamtstaatlich ausgerichtete Perspektive bei technologischen, rechtlichen und ökonomischen Fragestellungen im Zusammenhang mit den modernen Informations- und Kommunikationstechnologien“ (Empfehlungen zur digitalen Informationsversorgung durch Hochschulbibliotheken Drs. 4935/01 vom 13.07.01, S. 40). In diesem Bereich liegt die Kernaufgabe des neuen Instituts; die Schaffung eines solchen Kompetenzzentrums ist Voraussetzung dafür, dass die jeweilige lokale Bibliothek ihre wesentlich veränderten Aufgaben für ihre jeweiligen Nutzer erfüllen kann.

Neben dieser zentralen Aufgabe hat das Institut auch unverzichtbare überregionale Aufgaben im Bereich Projektmanagement, internationale Kontakte, Organisation der zentralen bibliothekarischen Sacharbeit und Erarbeitung von Planungsinstrumenten. Auf all diese Aufgaben kann im Interesse der Weiterentwicklung des Bibliothekswesens keinesfalls verzichtet werden.

Das bisherige Konzept zur Errichtung des IZB wurde in einem langen Planungsprozess nach der Entscheidung über die Auflösung des Deutschen Bibliotheksinstituts vom Wissenschaftsrat, Verbänden und Kultusministerkonferenz erarbeitet. Diese tiefgreifende Debatte führte zu einer wesentlichen Konzentration von den vielfältigeren früheren Aufgaben des DBI auf die Zukunftsaufgaben im Bibliothekswesen. Wir halten es daher für dringend geboten, ein solch zukunftsfähiges Konzept auch in die Praxis umzusetzen. Eine grundlegende Verbesserung der Bibliotheken als Infrastruktur der Forschung scheint uns auch eine wesentliche Voraussetzung für die vom Bund angestrebte Reform der deutschen Forschungslandschaft. Dies macht auch der Wissenschaftsrat in der oben zitierten Dankschrift mit seiner Forderung nach „Kompetenzzentren für Forschungs-, Entwicklungs- und Serviceleistungen für Hochschulbibliotheken“ deutlich.

In dieser Situation sind nach Meinung der Verbände die Länder besonders gefordert. Sie sind (zusammen mit der kommunalen Selbstverwaltung) Träger der überwiegenden Mehrzahl der Bibliotheken. Gleichzeitig gibt es beim BMBF derzeit weit ausgreifende Bemühungen, ein Strategiekonzept für die Digitale Biblio-

thek 2010 zu erarbeiten. Nicht zufällig wurde hier von Länderseite (in einem Brief von Minister Zehetmaier an den BMBF) der Wunsch geäußert, an solchen Planungen beteiligt zu werden. Eine Verweigerung der Finanzierung des IZB seitens der Länder stünde hierzu in völligem Gegensatz. Der Ruf nach dem Bund (wie in der FAZ) könnte dann in der Öffentlichkeit wieder laut werden. Nach unserer Auffassung sollten daher die Länder die Bereitschaft des Bundes, sich zu engagieren, aufgreifen.

Wir möchten Sie herzlich bitten, diese Argumente gegenüber der Finanzministerkonferenz vorzutragen. Für Ihre Unterstützung möchten wir Ihnen schon heute herzlich danken.

**Deutscher Bibliotheksverband e.V.**

(Dr. Arend Flemming)

(Dr. Friedrich Geißelmann)

**Bundesvereinigung Deutscher  
Bibliotheksverbände e.V.**

**Deutsche Gesellschaft  
für Informationswissenschaft  
und Informationspraxis e.V.**

(Dr. Georg Ruppelt)

(gez. Dr. Horst F. Neißer)